

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

29. Sitzung
28. Oktober 2013

Beginn: 12.04 Uhr
Schluss: 14.20 Uhr
Anwesenheit: siehe Anlage
Vorsitz: Herr Abg. Joachim Krüger (CDU)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Herr StS Gerstle (SenGesSoz) beantwortet die Fragen von

Frau Abg. Breitenbach (LINKE)	Trifft es zu, dass das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) für den Betrieb der Unterkunft in Grünau nun doch eine Verlängerung des Vertrages mit der Firma PeWoBe GmbH bis zum Sommer 2014 plant?
Herrn Abg. Spies (PIRATEN)	Nach einer Pressemitteilung vom vergangenen Wochenende gibt es bei der neuen Treberhilfe Probleme mit der Leistungserbringung aus finanziellen Gründen. Trifft dies zu? Herr StS Gerstle (SenGesSoz) sagt zu, den Ausschuss zu informieren, ob es in seiner Verwaltung zu Prüfungen bezüglich der Nichterfüllung von vereinbarten Leistungen gekommen sei.
Frau Abg. Radziwill (SPD)	Wie ist der Sachstand der Verhandlungen zum Rahmenvertrag mit der LIGA und zur Fortschreibung der Entgeltvereinbarung für die Eingliederungshilfe?

Die Mitglieder der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verzichten auf Fragen.

Der Vorsitzende erklärt die Aktuelle Viertelstunde für abgeschlossen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Aktuelles aus der Senatsverwaltung

[0045](#)
GesSoz

Herr StS Gerstle (SenGesSoz) berichtet über den aktuellen Stand der Unterbringung von Flüchtlingen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Einrichtung eines Klinischen Krebsregisters (KKR)
– **Konzeption und Finanzbedarf**
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU)

[0141](#)
GesSoz

Der Ausschuss kommt überein, ein Wortprotokoll anfertigen zu lassen.

Herr Abg. Ludewig (CDU) begründet den Besprechungsbedarf der Koalitionsfraktionen.

Es geben Stellungnahmen ab und beantworten die Fragen der Ausschussmitglieder:

- Herr Roland Stabenow (Registerstelle des Gemeinsamen Krebsregisters) und
- Herr Dr. Harald Matthes (1. Vorsitzender des Dachverbands der Berliner Tumorzentren).

Frau StS´in Demirbükten-Wegner (SenGesSoz) gibt eine einleitende Stellungnahme ab und sagt im Zuge der Beantwortung von Fragen zu, über die Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg nachträglich zu berichten.

Frau Bettina Eisinger (Vertrauensstelle des Gemeinsamen Krebsregisters) beantwortet Fragen.

Der Ausschuss ist gemäß § 25 Abs. 6 Satz 1 GO Abghs damit einverstanden, dass sich Herr Abg. Lauer (PIRATEN) an der Beratung beteiligt.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es jeder Fraktion vorbehalten bleibe, die Thematik wieder aufzugreifen.

Die Besprechung wird für abgeschlossen erklärt.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/0511

**Häufigkeit der Krebsfälle im Umfeld des HZB-
Forschungsreaktors BER II in Wannsee untersuchen**

[0077](#)
GesSoz(f)
StadtUm*

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der mitbeteiligte Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt am 16. Januar 2013 einstimmig mit den Stimmen aller Fraktionen beschlossen habe, auf eine Stellungnahme zu verzichten.

Der Vorsitzende weist weiter darauf hin, dass in der letzten Ausschusssitzung folgender Änderungsantrag der antragstellenden Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verteilt worden sei:

„Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, eine Untersuchung über die Häufigkeit von strahlenindizierten Krebsarten in der Planungsregion des Gemeinsamen Krebsregisters „Wannsee“ (Bezirksregion Zehlendorf) mit zwei Nachbarplanungsregionen in Auftrag zu geben.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 1. Januar 2014 zu berichten.“

Herr Abg. Ludewig (CDU) spricht sich gegen die Annahme des Änderungsantrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Fraktion der GRÜNEN, der Linksfraktion und der Piratenfraktion ab.

Der Ausschuss beschließt folgende Beschlussempfehlung an das Plenum:

Der Antrag, Drucksache 17/0511, wird in folgender von der antragstellenden Fraktion eingebrachten Fassung abgelehnt:

„Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, eine Untersuchung über die Häufigkeit von strahlenindizierten Krebsarten in der Planungsregion des Gemeinsamen Krebsregisters „Wannsee“ (Bezirksregion Zehlendorf) mit zwei Nachbarplanungsregionen in Auftrag zu geben.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 1. Januar 2014 zu berichten.“

(mehrheitlich – mit SPD und CDU gegen GRÜNE, LINKE und PIRATEN)

Punkt 5 der Tagesordnung

a) Bericht SenFin – II D – vom 16.05.2013
Steuerung der Transferausgaben
Haupt 17/0538 C

[0130](#)
GesSoz

- b) Bericht SenFin – II D – vom 29.8.13 [0136](#)
Rote Nummer 0538 D GesSoz
Steuerung der Transferausgaben
Position des Senats zum Bericht des Deutschen
Städtetages

Frau Schnellrath (SenFin) gibt eine einleitende Stellungnahme ab.

Herr StS Gerstle (SenGesSoz) beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder und sagt zu, den Ausschuss im Anschluss an die Konferenz der Arbeits- und Sozialminister am 27./28. November 2013 über den aktuellen Sachstand zu informieren.

Herr Abg. Thomas (GRÜNE) bittet um eine regelmäßige Berichterstattung zu dieser Thematik an den Ausschuss.

Frau Schnellrath (SenFin) beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Nach Aussprache kommt der Ausschuss einvernehmlich überein, dem Hauptausschuss zu empfehlen,

das Schreiben zu Punkt 5 a) – Rote Nummer 0538 C – und
das Schreiben zu Punkt 5 b) – Rote Nummer 0538 D –
zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Piratenfraktion [0134](#)
Drucksache 17/1161 GesSoz
Berlin braucht endlich eine Gewaltschutzambulanz ArbIntFrau
und Rechtsmedizinische Untersuchungsstelle zur Recht(f)
Versorgung von kindlichen und erwachsenen
Gewaltopfern – Voraussetzungen für eine anonyme
Spurensicherung nach Sexualstraftaten schaffen

Herr Abg. Lauer (PIRATEN) begründet den Antrag seiner Fraktion.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat vor der Sitzung folgenden Änderungsantrag eingereicht:

„Der Text ist nach dem 3. Spiegelstrich zu ergänzen um folgenden Passus:

Da der anonymen Spurensicherung (ASS) eine wesentliche Rolle im Bereich des Opferschutzes zukommt, muss sichergestellt werden, dass es nicht nur einen Ort in Berlin gibt, an dem die entsprechenden Untersuchungen stattfinden können. Es muss möglich sein eine ASS auch an den anderen Krankenhäusern des Landes durchführen zu lassen. Die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales soll durch Verträge mit den Trägern der Krankenhäuser für die hinreichende sachliche Ausstattung, die Schulung des Personals und einen angemessenen Ausgleich der Kosten Sorge tragen.“

Die Fraktionen der SPD und der CDU legen folgenden Änderungsantrag vor:

„Der Antrag Drs. 17/1161 erhält folgende neue Fassung:

Der Senat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Voraussetzungen für die Einrichtung einer Gewaltschutzambulanz geschaffen werden können, die allen Betroffenen von sexualisierter Gewalt, von häuslicher Gewalt und von Kindesmisshandlung als zentrale Anlaufstelle zur Verfügung steht und ihnen eine medizinische Abklärung und Dokumentation der erlittenen Gewalt und ihrer Folgen bietet.

Dafür ist ein Konzept zu entwickeln, das eine Verknüpfung mit psychosozialen Betreuungs- und Beratungsangeboten vorsieht sowie – insbesondere den Betroffenen von sexualisierter Gewalt - eine anonyme Spurensicherung nach der Tat ermöglicht. Dafür sind die notwendigen Rahmenbedingungen und Mindeststandards abzuklären und in das Konzept einzuarbeiten.

Die Erfahrungen des im Haushaltsplan 2014/ 2015 vorgesehenen Pilotprojekts der Opferschutzambulanz sind von der federführenden Senatsverwaltung auszuwerten und in das Konzept einzubeziehen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31.12.2014 zu berichten.“

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Linksfraktion bei Stimmenthaltung der Piratenfraktion abgelehnt.

Der Ausschuss beschließt entsprechend dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU gegenüber dem federführenden Rechtsausschuss folgende Stellungnahme abzugeben:

Der Antrag, Drucksache 17/1161, wird in folgender Fassung angenommen:

„Der Senat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Voraussetzungen für die Einrichtung einer Gewaltschutzambulanz geschaffen werden können, die allen Betroffenen von sexualisierter Gewalt, von häuslicher Gewalt und von Kindesmisshandlung als zentrale Anlaufstelle zur Verfügung steht und ihnen eine medizinische Abklärung und Dokumentation der erlittenen Gewalt und ihrer Folgen bietet.

Dafür ist ein Konzept zu entwickeln, das eine Verknüpfung mit psychosozialen Betreuungs- und Beratungsangeboten vorsieht sowie – insbesondere den Betroffenen von sexualisierter Gewalt - eine anonyme Spurensicherung nach der Tat ermöglicht. Dafür sind die notwendigen Rahmenbedingungen und Mindeststandards abzuklären und in das Konzept einzuarbeiten.

Die Erfahrungen des im Haushaltsplan 2014/ 2015 vorgesehenen Pilotprojekts der Opferschutzambulanz sind von der federführenden Senatsverwaltung auszuwerten und in das Konzept einzubeziehen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31.12.2014 zu berichten.“

(mehrheitlich – mit SPD und CDU gegen PIRATEN bei Enthaltung GRÜNE und LINKE)

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

1. Der Vorsitzende bittet die Fraktionen, sich bis zur nächsten Ausschusssitzung darüber klar zu werden, ob sie auf dem vom Ausschussbüro verteilten Terminplan für die Sitzungen des Ausschusses 2014 sowohl den Termin am 24. März als auch den am 31. März 2014 wahrnehmen wollen.
2. Nächste Sitzung: Montag, der 11. November 2013, 10.00 Uhr

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass sich die Sprecher/innen bereits darauf verständigt haben, die Punkte

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Leitlinien der Seniorenpolitik

(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU)

[0073](#)

GesSoz

und

Vorlage – zur Kenntnisnahme –
Drucksache 17/1120

Leitlinien der Berliner Seniorenpolitik 2013

(auf Antrag der Piratenfraktion, der Fraktion der SPD
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0133](#)

GesSoz

zu beraten. Über die weitere Tagesordnung verständigen sich die Sprecher/innen der Fraktionen im Anschluss an die Sitzung.

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Joachim Krüger
stellv. Vorsitzender

Jasenka Villbrandt
stellv. Schriftführerin